

NIEDERSCHRIFT

**über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt der Stadt Baesweiler
am 28.05.2002 im Sitzungssaal des Rathauses Setterich**

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 18.35 Uhr

Anwesend waren:

a) **stimmberechtigt:**

Dederichs, Norbert als Vorsitzender
Casielles, Juan Jose **für Kick, Andreas**
Clemens, Stefan
Deserno, Hans-Dieter
Feldeisen, Willy
Flecken, Hans-Josef
Geller, Thomas
Hüttner, Manfred
Kohlhaas Margarete
Mandelartz, Alfred
Menke, Wilfried
Mürkens, Franz-Josef
Schmidt, Kathi **für Lux, Heiko**
Wallmanns, Karl
Zillgens, Bruno

b) **von der Verwaltung:**

I. und Techn. Beigeordneter Strauch
StOI Schröter als Schriftführer

Die Mitglieder des Ausschusses waren durch Einladung vom 15.05.2002 unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen worden.

Der Ausschuss war nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Tagesordnung:

- 1.) Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt vom 05.03.2002
- 2.) Parksituation in den Kurvenbereichen der Geschwister-Scholl-Straße und Geschwindigkeitsverhalten in Höhe des Kinderspielplatzes in der Von-Stauffenberg-Straße
- 3.) Verbesserung der Sichtbeziehungen an der Einmündung Geilenkirchener Straße / Heinrich-Imbusch-Straße
- 4.) Verkehrsrechtliche Ausweisung des Zubringers der K 27 zwischen der Straße „Im Weinkeller“ und der K 27;
hier: Antrag eines zukünftigen Anwohners der Simon-Ohler-Straße vom 15.02.2002
- 5.) Schulweg am Adenauerring
- 6.) Verbesserung der Verkehrssicherheit im Bereich des Jugendtreffs Setterich, Wolfsgasse;
hier: Antrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ vom 15.04.2002

(Zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 6 wird auf die beigefügte Niederschrift über die Verkehrskommissionsbereisung vom 15.05.2002 verwiesen.)
- 7.) Ausweisung eines Fußgängerüberweges in der Bahnhofstraße
- 8.) Mitteilungen der Verwaltung
- 9.) Anfragen von Ausschussmitgliedern

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung, stellte die Beschlussfähigkeit fest und begrüßte die Vertreter der Verwaltung.

1.) Annahme der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Umwelt vom 05.03.2002

Einstimmig genehmigte der Ausschuss die vorgenannte Niederschrift.

2.) Parksituation in den Kurvenbereichen der Geschwister-Scholl-Straße und Geschwindigkeitsverhalten in Höhe des Kinderspielplatzes in der Von-Stauffenberg-Straße

Ausschussmitglied Zillgens forderte für die SPD-Fraktion, den gesamten Bereich des Neubaugebietes „Auf der Mooth“ - wie bereits schon mehrmals beantragt - als „verkehrsberuhigten Bereich“ auszuweisen und eine entsprechende Parkordnung vorzusehen. Den hier vorliegenden Beschlussvorschlag könne er nur als „Flickschusterei“ bezeichnen.

Ausschussmitglied Mandelartz ergänzte für die SPD-Fraktion, dass „Tempo 30“ immer noch zu schnell für das Gebiet sei und er hierdurch eine Gefährdung für die Kinder sehe. Als Kompromissvorschlag könnte anstelle der Ausweisung des gesamten Neubaugebietes als „verkehrsberuhigter Bereich“, der Teilbereich von der Von-Stauffenberg-Straße in Höhe des Kinderspielplatzes bis zu den Kurvenbereichen der Geschwister-Scholl-Straße als „verkehrsberuhigter Bereich“ ausgewiesen werden.

Ausschussmitglied Menke erklärte für die CDU-Fraktion, dass die Ausweisung des gesamten Neubaugebietes „Auf der Mooth“ als „verkehrsberuhigter Bereich“ von den Verkehrsteilnehmern nicht akzeptiert werden würde und er hierfür auch keinen Bedarf - bis auf den Bereich um den Kinderspielplatz in der Von-Stauffenberg-Straße - sehe.

Sodann beschloss der Ausschuss auf einstimmigen Vorschlag der Verkehrskommission (Verkehrskommissionsbereisung am 15.05.2002, TOP 1) einstimmig, von der beantragten Ausweisung von Haltverboten in den Kurvenbereichen der Geschwister-Scholl-Straße abzusehen und als Beitrag zur Geschwindigkeitssenkung im Bereich des Kinderspielplatzes der Von-Stauffenberg-Straße eine Bodenerhöhung anzulegen.

3.) Verbesserung der Sichtbeziehungen an der Einmündung Geilenkirchener Straße / Heinrich-Imbusch-Straße

Auf einstimmigen Vorschlag der Verkehrskommission (Verkehrskommissionsbereisung am 15.05.2002, TOP 2) beschloss der Ausschuss einstimmig, durch Aufstellen eines Verkehrsspiegels in der Geilenkirchener Straße die Sichtbeziehungen an der Einmündung Geilenkirchener Straße / Heinrich-Imbusch-Straße zu verbessern, da die Einsicht aus der Heinrich-Imbusch-Straße in die Geilenkirchener Straße in Richtung „Reyplatz“ aufgrund der dortigen Heckenbepflanzung nur unter erschwerten Bedingungen möglich ist.

4.) Verkehrsrechtliche Ausweisung des Zubringers der K 27 zwischen der Straße „Im Weinkeller“ und K 27;

hier: Antrag eines zukünftigen Anwohners der Simon-Ohler-Straße vom 15.02.2002

Ausschussmitglied Menke erklärte für die CDU-Fraktion, dass sich die Verkehrssituation seit Sperrung des „verlängerten Siegenkamp“ vor einigen Jahren aufgrund der neuen Baugebiete grundlegend verändert habe. Die CDU-Fraktion sieht daher den Bedarf für die Anwohner, eine direkte Zuwegung zum überörtlichen Straßennetz zu erhalten. Er schlug daher für die CDU-Fraktion vor, den Zubringer für den allgemeinen Verkehr zu öffnen. Weiter erklärte er, dass von einer Beschilderung nur für den Anliegerverkehr durch Verkehrszeichen 260 StVO und dem Zusatzzeichen „Anlieger frei“ abgesehen werden sollte, da diese laut Auskunft der Polizei nur schwer überwachbar sei und man mit der Wegnahme der derzeitigen Beschilderung dem Schilderwald entgegenwirken könnte. Sofern der Durchgangsverkehr in der Anton-Klein-Straße wieder zunehmen sollte, könnte man zu gegebener Zeit über Alternativen, diesem zu begegnen, wieder in diesem Ausschuss beraten.

Weiter fügte er an, dass die CDU-Fraktion einen Antrag stellen werde, die Verkehrssicherheit an dem Knoten „Siegenkamp / K 27“ zu verbessern, indem die Geschwindigkeit von derzeit 70 km/h auf 50 km/h reduziert und eine Verbesserung für querende Radfahrer über die K 27 geschaffen werden sollte.

Ausschussmitglied Mandelartz erklärte für die SPD-Fraktion, dass man ebenfalls einen Bedarf sehe, den „verlängerten Siegenkamp“ für die Anwohner der dort neu entstandenen Baugebiete zu öffnen und daher eine entsprechende Beschilderung mit dem Zusatz „Anlieger frei“ ausgewiesen werden sollte.

Ausschussmitglied Deserno erklärte für die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“, dass man ebenfalls die Öffnung des „verlängerten Siegenkamp“ für die Anlieger durch eine entsprechende Beschilderung begrüße. Sofern allerdings wieder Beschwerden der Anwohner der Anton-Klein-Straße über zu hohen Durchgangsverkehr durch ihre Straße vorliegen würden, schlug er vor, das Teilstück der Straßen „Im Weinkeller“ zwischen Anton-Klein-Straße und „verlängerter Siegenkamp“ in Richtung Hauptstraße als Einbahnstraße auszuweisen, um so den Durchgangsverkehr zu unterbinden.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erläuterte hinsichtlich der Aussage des Herrn Menke, einen Antrag zur Verbesserung der Verkehrssicherheit an dem Knoten „K 27 / Siegenkamp“ zu stellen, dass die Verwaltung eine Planung zur Anlegung eines Kreisverkehrs an dem vorgenannten Knoten erstellt und beim Kreis Aachen die Umsetzung beantragt habe. Der Kreis Aachen sei bereit, die Planung umzusetzen, allerdings werde die Straße demnächst zur Landstraße aufgestuft. Der zukünftige Straßenbaulastträger, der Landesbetrieb Straßenbau NRW, wird die Straße voraussichtlich zum 01.07.2002 übernehmen.

Sodann beschloss der Ausschuss mit 13 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und einer Stimmenthaltung, den Zubringer zur K 27 zwischen der Straße „Im Weinkeller“ und K 27 für den allgemeinen Verkehr freizugeben.

5.) Schulweg am Adenauerring

Auf einstimmigen Vorschlag der Verkehrskommission (Verkehrskommissionsbereisung am 15.05.2002, TOP 4) beschloss der Ausschuss einstimmig, entgegen dem Beschlussvorschlag der Verwaltung, auf dem Teilstück des Adenauerringes zwischen Raiffeisenstraße und Schmiedstraße eine Tempo-30-Strecke anzuordnen, auf dem Teilstück des Adenauerringes zwischen dem Neubaugebiet und Schmiedstraße als verkehrsberuhigende Maßnahme alternierendes Parken auf der Fahrbahn auszuweisen.

**6.) Verbesserung der Verkehrssicherheit im Bereich des Jugendtreffs Sette-
rich, Wolfsgasse;**

hier: Antrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ vom 15.04.2002

Ausschussmitglied Menke bat darum, die Ausweisung von alternierenden Parkplätzen in der Wolfsgasse erst umzusetzen, wenn der Platz, der derzeit durch den Bauhof als Lagerplatz genutzt wird, wieder als Parkplatz freigegeben werden kann.

Sodann beschloss der Ausschuss auf einstimmigen Vorschlag der Verkehrskommission (Verkehrskommissionsbereisung am 15.05.2002, TOP 5) einstimmig, als Beitrag zur Geschwindigkeitsreduzierung in der Wolfsgasse zwischen Grünstraße und der Straße „An der Burg“ alternierende Parkplätze auszuweisen.

Ferner sollen in der Wolfsgasse in Höhe des Jugendtreffs zwei „Tempo-30-Markierungen“ auf der Fahrbahn aufgebracht werden.

7.) Ausweisung eines Fußgängerüberweges in der Bahnhofstraße

Ausschussmitglied Deserno fragte für die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ an, zu welchen Zeiten die Zählungen in Höhe des Kindergartens vorgenommen worden seien.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erklärte hierzu, dass diese zu den Kindergartenzeiten zwischen 07.30 Uhr und 08.30 Uhr vorgenommen und dabei festgestellt worden sei, dass die überwiegende Anzahl der Kinder von ihren Eltern mit Fahrzeugen direkt bis zum Kindergarten gefahren wurden.

Daraufhin beschloss der Verkehrs- und Umweltausschuss einstimmig, von einer Ausweisung eines Fußgängerüberweges auf der Bahnhofstraße in Höhe des dortigen Kindergartens abzusehen, da die nach den Richtlinien zur Ausweisung von Fußgängerüberwegen geforderten Verkehrsstärken und Fußgängerquerungen auf der Bahnhofstraße nicht gegeben seien.

8.) Mitteilungen der Verwaltung

- a) I. und Techn. Beigeordneter Strauch teilte mit, dass der derzeit aufgrund einer Baumaßnahme voll gesperrte Adenauerring ab morgen Abend wieder freigegeben werde.

- b) I. und Techn. Beigeordneter Strauch erklärte, dass ein Antrag der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ vorliege hinsichtlich der Auswirkungen für die Stadt Baesweiler, die durch den vorgesehenen Erlass der Gewerbeabfallverordnung zu erwarten sind. Er erklärte zu dieser Thematik, dass seit Einführung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes Abfall in zwei unterschiedliche Arten aufgeteilt wird. Zum einen sei dies Abfall zur Beseitigung und zum anderen Abfall zur Verwertung. Mit der Festlegung der einzelnen Müllarten sind durch das Kreislaufwirtschaftsgesetz auch die einzelnen Entsorgungswege festgelegt worden. Danach gibt es die Möglichkeit für Gewerbetreibende, den Abfall zur Verwertung nicht mehr über die Kommunen, sondern über private Entsorger zu entsorgen. Da dies in der Regel billiger sei, nutzen viele Gewerbetreibende den günstigeren Entsorgungsweg, das heißt, der Großteil des Abfalls wird von den Gewerbetreibenden als Abfall zur Verwertung deklariert. Das Problem sei, dass in dem Kreislaufwirtschaftsgesetz nicht festgelegt worden sei, wie hoch der Anteil an wiederverwertbaren Stoffen im Abfall sein muss, um Abfall zur Verwertung zu sein. Diesem Missbrauch will man durch die Gewerbeabfallverordnung entgegenwirken, indem dort vorgeschrieben werden soll, wie hoch der Anteil an wiederverwertbaren Stoffen sein muss, damit er in diese entsprechenden Entsorgungswege weitergegeben werden kann. Sachstand sei, dass derzeit die Fassung der geplanten Gewerbeabfallverordnung im parlamentarischen Abstimmungsverfahren sei.

Ziel sei es, dass ab 01.01. nächsten Jahres die Verordnung wirksam werden soll. Die konkreten Auswirkungen seien derzeit noch nicht absehbar, allerdings sei mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand zu rechnen, da die Stadt aufgrund der Verordnung angehalten werde, Gewerbetreibende hinsichtlich ihres Abfalles zu überprüfen.

9.) Anfragen von Ausschussmitgliedern

- a) Ausschussmitglied Flecken fragte an, ob es möglich sei, zu überprüfen, ob die Lichtsignalanlagen an den Knoten „B 57 / Bahnhofstraße / Kirchstraße“ und „B 57 / Kapellenstraße / Eschweilerstraße“ trotz des Kreisverkehrs an der Mariastraße in eine „grüne Welle“ geschaltet werden können, um einen zügigen Verkehrsfluss zu gewährleisten.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch sagte eine Überprüfung zu.

- b) Ausschussmitglied Mandelartz fragte an, zu welchem Zeitpunkt mit der Entfernung der Glascontainer in der Straße „Schwarzer Weg“ in Höhe des Feuerwehrhauses gerechnet werden könne.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch teilte hierzu mit, dass derzeit noch ein anderer Standort gesucht werde.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

(Dederichs)

(Schröter)